

Blum, Ulrich

Article
Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2007) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 13, Iss. 10, pp. 362-362

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143579>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Charakteristikum einer liberalen Marktwirtschaft ist die freie Preisbildung innerhalb eines Ordnungsrahmens. Regulierende Eingriffe erfolgen, um das Funktionieren dieses Systems zu gewährleisten. Oft aber ist es auch ihre Aufgabe, den Preismechanismus aus übergeordneten Gründen zu beschränken. Dies betrifft in historischer Sicht vor allem den Arbeitsmarkt, um Sozialstandards durchzusetzen. In den vergangenen Jahren wurden derartige Regelungen im Rahmen der Flexibilisierungsmaßnahmen auf nationaler Ebene häufig gelockert, um die Anreizkompatibilität der Arbeitsaufnahme im Bereich der unteren Lohngruppen zu verbessern. Der Wettbewerb der Systeme nämlich testete immer wieder die Effizienz des Ordnungsrahmens aus und strafte schlecht angepaßte Volkswirtschaften vor allem durch eine hohe Arbeitslosigkeit ab.

Umgekehrt nahm die Regulierung des Produktionsfaktors Kapital in den vergangenen Jahren stetig zu, insbesondere hinsichtlich der Kreditvergabe. Letztlich wird die vermehrte Bindung an eine Risikostruktur mit dem Vermeiden von Finanzkrisen, wie sie derzeit wieder sichtbar sind, begründet. Faktisch wirkt dies wie ein risikobezogener, international verbindlicher Mindestpreis des Kapitals, insbesondere des Kredits. Diese Internationalisierung ist für Teilräume durchaus problematisch, weshalb in historischer Sicht Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen gegründet wurden, um örtliche Kreditknappheiten zu lösen. Die Globalisierung beim dritten Produktionsfaktor Umwelt koppelt ebenfalls bei der CO₂-Lizensierung den Preis von lokalen Knappheitsrelationen ab.

All diejenigen, die Mindestlöhne aus ökonomischer Sicht für unschädlich halten, müßten zunächst den Beweis antreten, daß die Marktlöhne unterhalb der Grenzproduktivität liegen. Der hier verhandelte Mindestlohn oberhalb der Grenzproduktivität macht den Kapitaleinsatz unrentabel – die Arbeitslosigkeit steigt, das Kapital wandert ab und bringt im Ausland Gewinne. Die Arbeitseinkommen gehen zurück und die Lohnquote sinkt – ein verteilungspolitisches Desaster. Deshalb sehen Ökonomen die Debatte über das Einführen von Mindestlöhnen sehr kritisch. Ebenso kritisch ist allerdings zu prüfen, wie der Wettbewerbsmechanismus wirkt, wenn aus übergeordneten Gründen die Flexibilität der beiden anderen Produktionsfaktoren zunehmend eingeengt wird, wenn Knappheiten als weltweit vergleichbar definiert werden, obwohl es doch lokale Umwelt-, Kapital- und insbesondere Kreditmärkte geben kann. Wenig qualifizierte, räumlich immobile Tätigkeiten geraten dann mit hohen sozialen und politischen Kosten schnell unter Druck, wenn Arbeit zum „letzten“ flexiblen Produktionsfaktor wird.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*